

Antrag

DA - Alternativantrag Überprüfung unserer Positionierungen zu Freiwilligen- und Pflichtdiensten in sicherheitspolitisch herausfordernden Zeiten

Antragssteller*innen: BDKJ Bundesvorstand (dort beschlossen am: 07.11.2025)

Antragstext

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) begrüßt, dass die Bundesregierung trotz der herausfordernden sicherheitspolitischen Lage derzeit eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht vermeiden möchte und höchstens als Ultima Ratio in Betracht zieht. Aus jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive sehen wir Freiwilligendienste und einen freiwilligen Wehrdienst als bessere und nachhaltigere Option für eine resiliente Gesellschaft, unsere Verteidigung und die vielfältigen Lebensrealitäten junger Menschen an. In einer sich dynamisch verändernden Situation und Debatte möchten wir stets gesellschaftliche Resilienz, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, sowie möglichst viel freiwilliges Engagement von jungen Menschen verwirklichen.

Angesichts von Kriegen, wachsender Instabilität und sicherheitspolitischen Herausforderungen sehen wir die Notwendigkeit, unsere friedens- und sicherheitspolitischen Positionen weiterzuentwickeln und unsere Haltung in der öffentlichen Debatte zu verdeutlichen.

Als katholische Jugendverbände stehen wir in einer langen Tradition friedensethischer Verantwortung. Frieden fördern, Gerechtigkeit sichern und Menschenrechte schützen sind Grundaufträge christlicher Friedensethik. Diese leiten unser Handeln auch in Zeiten wachsender Spannungen und Unsicherheiten. Der BDKJ bekennt sich zur aktiven Gestaltung von Frieden durch Diplomatie, zivile Krisenprävention, geschlechtergerechte und inklusive gesellschaftliche Strukturen, gesellschaftliche Resilienz und zur Verantwortung der Bündnis- und Landesverteidigung.[\[1\]](#)

Zugleich ist klar: Friedenspolitik braucht Sicherheit, aber Sicherheit darf nicht allein militärisch verstanden werden. Eine friedensethische Politik stärkt Bildung, Teilhabe, Demokratie, Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit als Grundlage dauerhafter Sicherheit und schützt damit Menschenwürde, gerechte Lebensbedingungen sowie die Freiheit von Diskriminierung und Gewalt in allen Lebensbereichen.

Unsere aktuellen Beschlüsse bilden die Grundlage unserer Position in der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte:

- Wir sprechen uns gegen eine Reaktivierung der Wehrpflicht und gegen die Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes aus. Nur Freiwilligkeit

motiviert, befähigt und stärkt das gesellschaftliche Engagement nachhaltig. Statt Druck auf die junge Generation aufzubauen, sollte begeistert und mit attraktiven Rahmenbedingungen überzeugt werden.[\[2\]](#)

- Pflichtdienste erzeugen soziale Ungleichheiten und schränken Selbstbestimmung ein. Eine jugendgerechte Gesellschaft setzt auf Teilhabe, Freiwilligkeit und faire Rahmenbedingungen.[\[3\]](#)
- Jeder junge Mensch soll die Möglichkeit haben, sich freiwillig zu engagieren unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten. Ein solcher Rechtsanspruch auf Förderung in Umsetzung der gemeinsamen verbandlichen Vision 2030[\[4\]](#) für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit bleibt auch im Falle einer etwaigen Reaktivierung der Wehrpflicht zentral[\[5\]](#)
- Wir setzen uns für zivile und internationale Friedensarbeit ein und fordern eine Stärkung von internationalen Begegnungs- und Bildungsprogrammen.[\[6\]](#)
- Wir setzen uns schon heute für politische Bildung, die Begleitung junger Soldat*innen und gute Rahmenbedingungen im Wehrdienst ein.[\[7\]](#)

Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen setzen wir uns als BDKJ vertieft mit den Fragen von Wehrpflicht und Wehrdienst sowie den damit verbundenen Herausforderungen für Freiwilligkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Resilienz auseinander. Der BDKJ bringt sich aktiv in diese Weiterentwicklung im Sinne einer pluralen, demokratischen Gesellschaft ein.

Darum wollen wir uns innerverbandlich folgenden Fragestellungen widmen und uns damit weiter in die gesellschaftliche Debatte einbringen:

- Wie können feministische Perspektiven in der sicherheitspolitischen Debatte systematisch berücksichtigt und gestärkt werden?
- Welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen haben Dienstpflichten auf Bildungs-, Erwerbs- und Lebensbiografien junger Menschen – insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und vielfältige Lebensrealitäten?
- Wie sehen gute Rahmenbedingungen für junge Menschen in Wehr- und Ersatzdiensten aus?
- Wie sehen Gelingensfaktoren ziviler Ersatzdienste aus?
- Wie kann die Unterstützung junger Menschen in (Pflicht-)Diensten unter Berücksichtigung der Jahrzehntelangen guten Erfahrung in den Freiwilligendiensten hinsichtlich wirksamer pädagogischer Konzepte, mentaler Gesundheit, seelsorgliche Unterstützung, politischer Bildung und beruflicher Orientierung weiterentwickelt werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass der Kriegsdienst aus Gewissensgründen einfach und ohne hohe Hürden verweigert werden kann?

- Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz sichergestellt werden?

[1] Vgl. Frieden fördern und gestalten-Friedensethische und sicherheitspolitische Grundlagen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7-10_Frieden_foerdern.pdf); Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken (https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7.18_Menschen_schuetzen_Gewalt_ueberwinden.pdf)

[2] Vgl. Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes (https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.101_Rechtsanspruch_auf_Foerderung_eines_Freiwiiliendienstes.pdf)

[3] Vgl. Kinder- und Jugendgerechte Gesellschaftsvision des BDKJ (https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.103_Kinder-_und_Jugendgerechte_Gesellschaftsvision_des_BDKJ.pdf)

[4] Vgl. Freiwilligendienste 2030 - Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit (https://bak-fsj.de/wp-content/uploads/2024/12/Freiwilligendienste-Positionen_1224.pdf)

[5] Vgl. Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes (https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.101_Rechtsanspruch_auf_Foerderung_eines_Freiwiiliendienstes.pdf)

[6] Vgl. Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln - Perspektiven für alle jungen Menschen schaffen (https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bilder/HV/Hauptversammlung_2019/BESCHLUSS_Frieden_ist_mehr_wert.pdf)

[7] Vgl. „aktion kaserne“ – eine Initiative der Mitgliedsverbände im Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) (Beschluss der Bundeskonferenz der Mitgliedsverbände am 4.5.2012); mehr zur Aktion Kaserne unter <https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne>

Begründung

Als Bundesvorstand sind wir überzeugt mit dieser alternativen Antragsversion die Lobbyarbeit des BDKJ besser zu unterstützen und halten es für sinnvoll einen Prozess der innerverbandlichen Außereinandersetzung zu starten.